

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: SP-Arbeitsgruppe Perspektiven : Tagung vom 28. März 1987 : die Übersicht über die Tagung
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340480>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Übersicht über die Tagung

Von Jürg Müller, Bern

Erstmals seit der Debatte um das neue Parteiprogramm von 1983 versuchen einige Genossinnen und Genossen eine Grundsatzdiskussion innerhalb der Partei in Gang zu bringen. Anlass zur Gründung der Arbeitsgruppe Perspektiven im vergangenen Jahr war die Überzeugung, dass die Sozialdemokratie nur dann eine Zukunft hat, wenn sie angesichts der dramatischen Veränderungen in allen Existenzbereichen mit neuen, unkonventionellen Antworten aufwarten und dabei auch parteiinterne Tabus aufgreifen kann. Vor rund einem Jahr wurde das Papier «Perspektiven der Sozialdemokratie» in Umlauf gesetzt, anschliessend mit der SPS-Geschäftsleitung diskutiert, am Lausanner Parteitag aufgelegt, in zahlreichen Sektionen behandelt und in der SP-Presse publiziert. An der Tagung in Bern

wurden nun einige Themen im Sinne einer vorläufigen Bilanz einer vertieften Diskussion unterzogen.

Wettbewerb ja – Monopole nein

Der erste Themenkreis – «Ökonomie und Ökologie: Unversöhnlicher Gegensatz oder neues Gleichgewicht?» – wurde kontradiktorisch angegangen. Beat Kappeler, der sich dem Thema mit einigen sehr grundsätzlichen Gedanken näherte, ging davon aus, dass die Projekte des 19. Jahrhunderts von der Geschichte des 20. samt und sonders falsifiziert worden sind – neben dem Sozialismus alter Schule auch der Kapitalismus: «Sagen wir es offen – es gibt keinen willentlich gesetzten totalen Lebensentwurf, der lebenswert wäre, weil es zu seiner Durchsetzung derart zentrale Machtentscheide

brauchte, dass seine Perversion schon darin begründet wäre.» In seinen «Thesen zu Arbeit und Umwelt» forderte Kappeler Dezentralisierung von Macht nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich; so etwa staatliche Einrichtungen, welche Kleinunternehmen fördern, Kampf für eine echte Wettbewerbsordnung mit weniger Kartellen und Monopolen, Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln durch Massnahmen des Gesellschaftsrechts. Im Bereich Umweltpolitik forderte er einerseits Gebote und Verbote für die Hersteller, andererseits Steuerung des Massenkonsums (Verkehr, Abfall, Energie, Raum) und stellte fest, dass es kein neues Konsumverhalten ohne umweltgerechte Verbrauchs- und Arbeitsstrukturen gebe: Wohnformen, Wohneigentum, Informatik statt Transporte, Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung.

Machtfrage entscheidet

Eine Gegenposition vertrat Michael Kaufmann, der den Gegensatz Ökonomie – Ökologie in der Wachstumsgesellschaft und in der kapitalistischen Marktwirtschaft als unversöhnlich darstellte. Er zeigte sich überzeugt, «dass wir die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Ökonomie und Ökologie nur schaffen können, wenn wir auch die politische Frage, die Frage nach den Interessen- und Machtverhältnissen stellen». Dass dies seiner Ansicht nach bei der Perspektiven-Gruppe nicht geschehe, betrachtete er als die grosse Schwäche dieser Tendenz. Kaufmann skizzierte eine

Zur Diskussion gestellt

Nach rund einjähriger Diskussion eine erste Bilanz im Rahmen einer weiteren Parteiöffentlichkeit ziehen: Das war das Ziel einer ganztägigen Veranstaltung der SP-Arbeitsgruppe Perspektiven in Bern. Etwa sechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzten sich mit Grundsatz- und Strategiefragen der Sozialdemokratie auseinander, wobei das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, die Technologiepolitik, die Rolle des Staates und die Öffnung der Partei im Vordergrund stan-

den. Diese Übersicht verfasste Jürg Müller. Die Rote Revue veröffentlicht sodann alle an der Tagung gehaltenen Referate sowie eine Kritik von SPS-Zentralsekretär André Daguet und eine des freien Journalisten Tobias Kästli. Beiträge von Genossinnen und Genossen zu den diskutierten Problemen sind erwünscht bis spätestens am 15. Juni 1987. Sie würden in der Doppelnummer Juli/August erscheinen. Zur «Arbeitsgruppe Perspektiven» siehe auch Rote Revue 10/1986.

ökosozialistische Antwort, die die Frage der Produktionsverhältnisse und den traditionell sozialpolitischen Ansatz mit der Umweltfrage verknüpfen müsse; so etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltbereich und die Umlenkung staatlicher Dienstleistungen in diesen Bereich. Der Referent wehrte sich gegen rein technokratische Auswege (Stichwort: Katalysator) und gegen «mehr Markt» im Ökologiebereich («Die Linke entzieht sich dadurch den politischen Boden»), da er die Verteilungsfrage verschärfe. Mit einem klaren ökosozialistischen Konzept kann die SP – so Kaufmann – die traditionellen und neuen Wählerschichten ansprechen, allerdings nur, wenn die Partei einen eigenständigen Weg zwischen Bürgerblock und Grün wählt.

Bündnisfähige Technologiepolitik

Gewissermaßen einen speziellen Aspekt der Ökonomie-Ökologie-Problematik stellte Karl Weber mit seinen Thesen zur Technologiepolitik dar. Er stellte fest, dass mit der Steuerung der technologischen Entwicklung auch die Macht in der Gesellschaft überhaupt verbunden sei. Inhaltliche Leitlinien einer gesellschaftspolitisch verantwortbaren Technologiepolitik sollten sein: Sozialstaatliche Gestaltungsprinzipien, Humanisierung der Arbeitswelt, liberale Grund- und Freiheitsrechte, Förderung individueller und gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse. Weber gab zu bedenken, dass der Steuerungseinfluss des Staates beschränkt sei: er müsse Grenzen setzen und erwünschte Entwicklungen auslösen. Die Technologiefrage ist nach Ansicht des Referenten bündnisfähig, und zwar einerseits in grüner Richtung und andererseits im Hinblick auf be-

stimmte Bereiche des Kapitals. Zu nennen sind: die Klein- und Mittelbetriebe, welche auf dem internationalen Technologiemarkt offensichtlich benachteiligt sind.

Nicht mehr Staat, sondern ein besserer Staat

In seinen Ausführungen zur Rolle des Staates forderte Peter Hablützel die Rückkehr zu einer kraftvollen Doppelstrategie (Opposition und Integration), die lange Zeit erfolgreich war, aber die Arbeiterbewegung von einer revolutionären Gegenmacht zu einem bedeutenden Ordnungs- und Legitimationsfaktor gemacht habe: Gleichzeitige Mitarbeit in (traditionellen) Institutionen und (neuen) sozialen Bewegungen schliesse sich dabei nicht aus, sondern stelle eine Chance dar. Für Hablützel stellt die Einflussnahme auf alle staatlichen Gremien angesichts der Tatsache, dass der SP die gesellschaftliche Macht fehle, nach wie vor ein zentrales Instrument dar, wozu auch die Suche nach Mehrheiten durch sinnvolle Kompromisse und Bündnisse zählen. Die staatliche Strategie müsse aber vermehrt instrumentell gehandhabt werden und dürfe nicht bei jeder Gelegenheit (Regierungsbeteiligung, Regierungsparteiengespräche usw.) symbolisch überhöht werden. – Im übrigen dürfe die Staatsquote kein Tabu bleiben: «Mehr oder weniger (vom alten) Staat ist nicht die relevante Frage. Was wir brauchen ist eine bessere Politik, eine strategische Umorientierung der staatlichen Aktivitäten.»

Mehr Offenheit – weniger Insidersprache

Mit Fragen der Strategie, neuer Werthaltungen und der Öffnung der Partei beschäftigten sich Nationalrat René Longet und Hanna Muralt. Longet be-

kräftigte die Notwendigkeit eines sozialistischen Gegengewichts, diagnostizierte allerdings einen Graben zwischen dieser Notwendigkeit und der Wahrnehmung der Wählerschaft; der Referent nannte zahlreiche Gründe für diese Tatsache, unter anderem auch die Sprache der Partei, die häufig mehr einen Identifikationscode darstelle als wahre Kommunikation. Das Wort «Sozialismus» ist nur mehr schwer zu fassen, es weckt die verschiedensten Erwartungen und auch Ängste angesichts eines Jahrhunderts antisozialistischer Propaganda und des effektiven Missbrauchs des Begriffs für Diktaturen. Abhilfe schaffen können hier nur deutliche Klarstellungen und Korrekturen von Missverständnissen; man müsse den Mut haben zu sagen, dass wir nicht grundsätzlich gegen Unternehmungen, Markt und Eigentum seien, dass wir aber ebenso klar die menschliche Würde gegen alles verteidigen, was sie bedrohe.

Weniger Abgrenzung – mehr Ausstrahlung

Hanna Muralt gab einen Überblick über die tiefgreifenden soziologischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte – Schrumpfung des Typus des traditionellen Arbeiters – und die damit verbundenen Konsequenzen für die SP. Die Rednerin plädierte für eine beschleunigte Öffnung der Partei gegenüber neuen sozialen Gruppen (Angestellte) und Sympathisanten. Die SP soll sich als Lern(teil)gesellschaft profilieren, die sich stark in Analyse und Zielformulierung, aber suchend und erfindend in den Problemlösungen zeigt. Parteipolitisch festgefahrene Fronten sollen mit unkonventionellen, überraschend innovativen Vorschlägen zur Problemlösung aufgebrochen werden. Hanna Muralt forderte, die SP solle Macht und Ein-

fluss nicht mehr primär durch Aus- und Abgrenzung, sondern durch die Ausstrahlung und Faszination ihrer Vorschläge und Konzepte gewinnen, ein Postulat, das offenbar von Frauen leichter verstanden werde als von Männern.

Was bedeutet Öffnung der Partei?

Zum Schluss der Tagung und im Anschluss an verschiedene Arbeitsgruppen wurde ein Podium, zusammengesetzt aus Nationalrätin Heidi Deneys, SPS-Vizepräsidentin, Grossrat Rudolf H. Strahm und GBH-Gewerkschaftssekretär Hans Baumann, mit den zentralen Fragen der Tagung konfrontiert. Im Zentrum der Diskussion stand die von Longet und Muralt geforderte Öffnung der Partei; der Grundsatz der Öffnung, der zum Teil schon Tatsache ist, blieb unbestritten. Peter Vollmer allerdings warnte vor einem ideologischen Substanzverlust,

während dem entgegengehalten wurde, es gehe nicht um ein Infragestellen sozialistischer Grundwerte, sondern um ein Neuüberdenken traditioneller SP-Positionen in einer sich rasch ändernden Gesellschaft. Heidi Deneys erklärte, die Partei habe etwas Mühe damit, die Alltagsprobleme der Menschen aufzunehmen und trete häufig in der Rolle der Lehrenden und Allwissenden auf. – Für Baumann ist es selbstverständlich, dass die Integration neuer Arbeitnehmerkategorien gerade für die Gewerkschaften zur reinen Überlebensfrage geworden ist; andererseits sei es auch für ihn überraschend, wie auch bei jungen Leuten mit Berufsaussichten in Richtung technisches Kader immer noch die traditionellen Gewerkschaftspostulate (Lohnfragen usw.) eine zentrale Rolle spielten. – Strahm zeigte auf, wie schwierig es sei, eine gewisse veraltete Parteirhetorik über Bord zu werfen; viele Begriffe seien emotionell stark ne-

gativ oder positiv geladen, gleichzeitig aber materiell zur Leerformel erstarrt, was eine Auseinandersetzung über wichtige Probleme nicht selten erschwere. Im übrigen kritisierte Strahm, dass die Partei ihre Lösungsvorschläge immer im Hinblick auf die Erringung der absoluten Mehrheit hin konzipiert habe; sie habe noch nicht voll gelernt, schöpferisch aus einer Minderheitenposition heraus zu politisieren.

Tagungsleiter Hans Werder gab am Schluss der Tagung die Absicht der Gruppe bekannt, die Diskussion weiterzuführen.

Leute, die sich für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Perspektiven interessieren, können sich bei folgender Adresse melden:
SP-Arbeitsgruppe
Perspektiven
Postfach 3140
3000 Bern 7

Thesen für die SPS zur Arbeit und Umwelt

Wettbewerb ja – Monopole nein

Von Beat Kappeler

Damit sich die SPS nicht aus Geschichte und Gesellschaft hinauskatapultiert, muss sie sich klar werden, «dass wir die Gesetze der Geschichte nicht kennen; dass auch der Klassenkampf ein «naturwüchsiger» Prozess ist, den keine Avantgarde bewusst planen und leiten kann; dass die gesellschaftliche wie die natürliche Evolution kein Subjekt kennt und dass sie deshalb unvorhersehbar ist; dass wir mithin, wenn wir politisch handeln, nie das erreichen, was wir uns vorgesetzt haben, sondern etwas ganz anderes, das wir uns nicht einmal vorzustel-

len vermögen; und dass die Krise aller positiven Utopien eben hierin ihren Grund hat. Die Projekte des 19. Jahrhunderts sind von der Geschichte des 20. samt und sonders falsifiziert worden» (H.M. Enzensberger, Kursbuch 52).

Vielleicht ist diese Botschaft eines Linksliberalen nicht für alle Genossen eine Neuigkeit, dennoch handelt die Partei in der symbolischen Ebene der Politik und in Parteitage-resolutionen noch allzu oft, als ob es diese Einsicht nicht gäbe. Sagen wir es offen – es gibt keinen voluntaristisch gesetzten totalen Lebens-

entwurf, der lebenswert wäre, weil es zu seiner Durchsetzung derart zentrale Machtentscheide bräuchte, dass seine Perversion schon darin begründet wäre. Die menschliche Gesellschaft ist immer die Summe ihrer Geschichte. Änderungen ihrer Marschrichtung fügen sich vektoriell an diese Summe und verschieben sie nur allmählich. Gänzliche Brüche sind immer auch Katastrophen, weil wir nie alle Vektoren im Griff haben.

Allerdings – unter den Projekten des 19. Jahrhunderts, welche das ablaufende Jahrhundert falsifiziert, befindet sich neben